

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint wöchentlich nachmittags 4 Uhr. Preis: monatlich 2 Mk., freier Haus, bei Vorbestellung 1,50 Mk. Abwärts. Einjahresabonnement 18 Mk., bei Postannahme, Postboten, unfern Außenorte u. Besondere Bedingung. Nachzahlen zu jeder Zeit der Redaktion vorbehalten. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** erscheinen entzogen. Zum sonstigen Betriebsablauf auf Bestellung der Redaktion.



Angelauberte laut aufliegender Stelle Nr. 5 - Ritter-Gelehrter 20 Nro. - Besondere Bedingung. Wilsdruff u. Umgegend. - Wilsdruff, den 20. Dezember 1935. - Wilsdruff, den 20. Dezember 1935. - Wilsdruff, den 20. Dezember 1935.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 296 - 94. Jahrgang. Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden. Volkszeitung: Dresden 2640. Freitag, den 20. Dezember 1935

Der Bauer im Umbruch der Zeit.

Die Leistungen der Betriebsgrößen in der Landwirtschaft.

Die in den letzten Wochen zutage getretene Verknappung bei Butter und anderen Fetten hat wieder einmal sehr dringlich die Frage zur Erörterung gestellt, ob auch jeder Fleck des deutschen Bodens wirklich so bearbeitet wird, wie es im Interesse der Nahrungssicherung aus eigenem Grund und Boden zu verlangen ist.

Im Rahmen dieser Erörterung ist auch wohl zu überlegen, ob die Bewirtschaftungsart des Großbetriebes oder ob die der bäuerlichen Betriebe in Anbetracht der besonderen ernährungspolitischen Lage Deutschlands die zweckmäßigere ist. Es ist von gewissen Kreisen des Großgrundbesitzes des Ostens behauptet worden, daß gerade zur Sicherung der ernährungspolitischen Freiheit Deutschlands der Großgrundbesitz unumgänglich notwendig sei. Es ist nicht Zweck der Untersuchung, den Großgrundbesitz oder den bäuerlichen Betrieb zu verdammen, denn in Wirklichkeit arbeiten im Augenblick beide an der Sicherstellung der deutschen Nahrungsgüter.

Die Klärung der Frage, was der Großgrundbesitz und was der bäuerliche Betrieb für die Ernährung Deutschlands leisten, ist aber notwendig. So wird z. B. in dem von Dr. von Rohr herausgegebenen Buch „Großgrundbesitz im Umbruch der Zeit“ lediglich die Getreide- und Kartoffelverförmung des Volkes und der dabei vom Großgrundbesitz erhaltene Anteil herausgegriffen, um die besonderen Leistungen des Großgrundbesitzes zu beweisen. Dabei werden, abgesehen vom Getreide, alle anderen Gebiete der Nahrungsmittelverförmung, insbesondere das der sonstigen Vieherzeugung und der Fette, unberücksichtigt gelassen. Zur rechten Zeit erschien darum in diesen Tagen im Reichsnährstandsverlag ein von Reg.-Rat Dr. Wolfgang Claus herausgegebenes Buch „Der Bauer im Umbruch der Zeit“, in dem in einem Abchnitt die Leistungen der Großgüter und die der bäuerlichen Betriebe an Hand wissenschaftlicher Untersuchungen dargestellt werden. Auf Grund eingehender Untersuchungen von Buchführungsergebnissen ist dabei nachgewiesen, daß die Kleinbetriebe 49 v. H. der Mittelbetriebe 30 v. H. und die Großbetriebe 21 v. H. vom gesamten Markt mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen versorgen. Dem steht gegenüber, daß zur Zeit dieser Untersuchungen von der landwirtschaftlichen Nutzfläche aller deutsche Betriebe von fünf und mehr Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche an auf die Kleinbetriebe 51,2 v. H., auf die Mittelbetriebe 27,7 v. H. und auf die Großbetriebe 21,1 v. H. entfielen. Die Großbetriebe waren also mit 21 v. H. an der Markterzeugung und mit 21,1 v. H. an der landwirtschaftlichen Nutzfläche beteiligt. Bei den Mittelbetrieben war die Markterzeugung demgegenüber um 23 v. H. höher als ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche beträgt. Jedemfalls beweisen diese Untersuchungen, daß keine der Betriebsgrößen bei der Markterzeugung nennenswert mehr leistete, als ihrem Flächenanteil entsprechen würde. Es ist also in jedem Falle falsch, von einer Überlegenheit der Großbetriebe bei der Verfertigung des deutschen Nahrungsmittelmarktes zu sprechen.

Interessante Einblicke über das Leistungsverhältnis der landwirtschaftlichen Großbetriebe und der bäuerlichen Betriebe geben nun Untersuchungen, die durch das Institut des Prof. Seraphim, Rostock, bei 5000 Neubauernstellen in Pommern angestellt worden sind. Es sind dabei Vergleiche angestellt worden, wieviel Erträge die Fläche dieser 5000 Neubauernstellen ergeben hat im Vergleich zu den Erträgen dieser Fläche vor der Besiedlung. Dabei hat sich gezeigt, daß nach der Besiedlung beim Weizen eine Ertragszunahme von 3,1 v. H. festzustellen war. Gleichzeitig erhöhten sich die Erträge bei Roggen um 4,2 v. H. bei Gerste um 5,7 v. H., bei Hafer um 5,6 v. H. und bei Kartoffeln um 7,7 v. H. Diese Zahlen beweisen also, daß in den Neubauernwirtschaften durchweg höhere Ertragsleistungen erzielt wurden, als es vor der Besiedlung bei den entsprechenden Großbetrieben der Fall war.

Gleichzeitig haben die Untersuchungen ergeben, daß auch der Viehstapel, abgesehen von Pferden, durch die bäuerliche Siedlung eine ganz erhebliche Erhöhung erfahren hat. Die letztere Tatsache aber ist in Anbetracht der ernährungspolitischen Lage Deutschlands besonders wichtig, ja geradezu entscheidend. Denn bei Getreide und Kartoffeln ist der Bedarf des Volkes aus eigenem Grund und Boden restlos gedeckt, jedoch besteht immer noch ein zusätzlicher Bedarf bei fast allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Wenn es sich darum erweist, daß die landwirtschaftliche Leistung durch die rein bäuerlichen Betriebsformen wesentlich erhöht werden kann, dann ist die verstärkte Durchführung neuer Maßnahmen zur Neubildung deutschen Bauerntums entscheidend wichtig. Der deutsche Raum ist so eng, daß nur die Betriebsform Existenzberechtigung hat, die möglichst viel und möglichst gute Erträge gewährleistet.

Hoares und Baldwins Erklärungen.

Die große Unterhausausprache über den Abessinienkrieg.

Großer Tag für das englische Parlament. Sogar der Prinz von Wales anwesend. Hoare sucht den Pariser Plan zu rechtfertigen.

Die von der ganzen Welt mit Spannung erwartete Unterhausausprache in England über den italienisch-abessinischen Streit und die Pariser Friedensvorschläge am Donnerstag hatte durch den aufsehenerregenden Rücktritt des Außenministers Hoare das Interesse der Öffentlichkeit noch gesteigert. Das Unterhaus war bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf den Tribünen hatten Vertreter des diplomatischen Korps, Vertreter der Dominions und des Oberhauses Platz genommen. Auch der Prinz von Wales hatte sich auf der Galerie der Lords eingefunden.

Die Abgeordneten unterhielten sich auf ihren Bänken. Gerüchte über den voraussichtlichen Nachfolger Hoares schwirren umher, so daß die Fragen und deren Beantwortung durch die Minister in der allgemeinen Unterhaltung völlig untergingen. Einige weibliche Abgeordnete, die zusätzliche Anfragen stellten, wurden von dem aufgereagten Haufe einfach niedergeschrien. Als Baldwin mit sehr ergrünter Miene das Haus betrat, blieben die Beifallsstündungen aus. Statt dessen erfolgten einige ungeduldige „Hört! Hört!“ auf den Bänken. Die Spannung erreichte ihren Höhepunkt, als der zurückgetretene Außenminister Hoare erschien und mit lauten Beifallsstündungen von der Ministerbank empfangen wurde. Das Haus war mit einem Schloß vollkommen ruhig. Sir Austen Chamberlain, der in manchen Kreisen als der zukünftige Außenminister angesehen wird, räumte seinen Sitzplatz auf der Regierungsbank für Hoare ein und ließ sich auf dem daneben befindlichen Sitz nieder. Diese Geste fand allgemein große Beachtung.

Hoare verteidigt sich.

Als erster Ausspracheredner erhob sich Sir Samuel Hoare. Er erklärte zu seiner Verteidigung, daß er seit seinem Amtsantritt als Außenminister die Dringlichkeit zweier großer Fragen erkannt habe:

1. alles zu tun, was in seiner Macht stehe, um eine große europäische Feuerbrunst zu verhüten, und
2. nichts unversucht zu lassen, um einen Krieg zwischen Großbritannien und Italien zu verhindern.

Er persönlich habe alles in seiner Macht Stehende getan, um die Beilegung gegen den Krieg zwischen Italien und Abessinien in der Genfer Volksversammlung auszuweiten. Jeder weitere Tag dieses Krieges habe größere und gefährlichere Fragen heraufbeschworen. Es seien Schwierigkeiten im Fernen Osten entstanden und Schwierigkeiten in Ägypten. Auch in mehr als einer Gegend Europas hätten sich drohende Wolken zusammengezogen. Geheftet der Fall, daß die Sperrung unter Mitwirkung der Nichtmitgliedstaaten hätte in Kraft gesetzt werden können, so würde das Durchführungsverbot unter Umständen das Ende der Feindseligkeiten erzwungen haben. (Lauter Beifall.)

Aber gerade deshalb wäre die Lage vom Standpunkt des italienischen Widerstandes sofort gefährlicher geworden. Von allen Seiten seien Vorwürfe eingegangen, die keine verantwortliche Regierung hätte unberücksichtigt lassen dürfen, daß nämlich Italien eine Sperrung als militärische Sanktion oder als Kriegsbehandlung ansehen würde. „Ich wünsche“, so fuhr Hoare fort, „die Lage völlig klarzustellen. Als Ration empfanden wir keinen Furcht vor irgendeiner italienischen Drohung. (Lauter Beifall.) Wie auch immer Italien sich verhalten haben würde, wir würden — wie die Geschichte lehrt — jeden Schlag mit Erfolg erwidern haben.“

Ihm habe jedoch etwas völlig anderes vorgeschwebt. Ein isolierter Angriff dieser Art auf eine einzige Macht ohne die Gewißheit einer vollen Unterstützung der anderen Mächte hätte nach seiner Ansicht fast unvermeidlich zu der Auflösung des Völkerbundes geführt. Unter diesen Umständen habe er sich vor zehn Tagen nach Paris begeben. Die Besprechungen hätten in einer wahren Kriegsathmosphäre begonnen. Es habe auf der Hand gelegen, daß die große Mehrheit der Genfer Mitgliedsstaaten gegen die Anwendung militärischer Sanktionen war. Unter Beifall wies Hoare darauf hin, daß mit Ausnahme Englands kein Völkerbundsstaat irgendwelche militärischen Sanktionsmaßnahmen ergriffen hatte, während die meisten Mitgliedsstaaten an wirtschaftlichen Sanktionen teilgenommen hätten.

Sinzu sei gekommen, daß nach seiner Auffassung eine englisch-französische Zusammenarbeit wesentlich war, wenn man nicht einen Bruch in Genf hätte heraufbeschwören und wenn man nicht die Sanktionsfront hätte zerstören wollen. Zwei Tage lang habe er mit Lalal über eine Erörterungsgrundlage verhandelt. Die Vorschläge, die sich aus diesen Besprechungen ergaben, seien nicht Vorschläge Englands oder Frankreichs gewesen. Vielmehr sei man sich darin, was weder ihm noch Lalal lieb sei. Die Vorschläge seien jedoch beiden Staatsmännern als die einzigen ansichtsreiche Grundlage künftiger Besprechungen erschienen.

Hoare setzte sich dann mit den Vorschlägen in einzelnen auseinandersetzen. Zum Schluß erklärte er: Die Pariser Vorschläge seien ganz erheblich ungünstiger für Italien als die Forderungen, die Mussolini im letzten Sommer an Eden gestellt habe. Es gebe nur zwei Wege für die Beendigung des Krieges: entweder einen Frieden durch Vereinbarung oder einen Frieden durch Waffenstreckung. Er glaube an die erste Möglichkeit. Die zur Erörterung stehenden Verhandlungen seien schlagfertig, das Problem aber, das zu lösen sei, bleibe bestehen. Man stehe vor einem neuen und viel gefährlicheren Abschnitt des Krieges. Mit Ausnahme von England, das seine Flotte im Mittelmeer sowie Verstärkungen in Gibraltar und Athen zusammengezogen habe, habe kein anderer Staat einen Finger gerührt. Dem Ministerpräsidenten habe er seinen Rücktritt angeboten, da er sich darüber klar geworden sei, daß er einen großen Teil der öffentlichen Meinung nicht hinter sich habe. Als Hoare seinen Platz wieder einnahm, grüßte ihn Beifall, der mehrere Minuten dauerte.

Major Attlee fordert den Rücktritt der Gesamtregierung.

Nach Hoare sprach der Führer der arbeiterparteilichen Opposition, Major Attlee. Er begann mit der Feststellung, daß sich seine Partei mit keiner Erklärung der Regierung abfinden könne, aus der nicht klar hervorgehe, daß das Kabinett in seiner Gesamtheit die Verantwortung trage, und daß Hoare lediglich zum Sündenbock gemacht worden sei. Wenn der Rücktritt Hoares zu Recht erfolgt sei, dann müsse auch die Regierung zurücktreten.

Der Mistransaustrag brände die Meinung der englischen Bevölkerung über die englisch-französischen Friedensvorschläge aus, die dem Kaiser von Abessinien im Namen Englands als gerechte Bedingungen aufgezogen werden sollten.

Die Opposition verlange den Widerruf dieser Bedingungen. Es entspreche nicht dem Sinne des Vrients für Billigkeit und Gerechtigkeit, wenn dem Lande, das gefehlt habe, ungeheure Jugendschicksale auf Kosten des Opfers gemacht würden. Die Friedensbedingungen seien ein Betrug an der Wählerschaft, die man zur Unterstützung der Regierung überredet habe.

Der englische Ministerpräsident spricht.

Nach Attlee erhob sich Ministerpräsident Baldwin. Er sprach zunächst sein persönliches Bedauern über das



Vertical text on the left edge of the page, likely from the adjacent page or a binding margin.